

Kriminalbeamte . . .

Fortsetzung von Seite 11

Auch die Fraktion der F.D.P. hat Vorstellungen in dieser speziellen Frage entwickelt. Ihr Sprecher Herbert Neu geht davon aus, daß es keinen prüfungsfreien Aufstieg, aber auch keine Bewertung privater Weiterbildung der betroffenen Bewerber geben wird. Schließlich dürfe die Entwicklung nicht dahin führen, „den gesamten Polizeidienst in den gehobenen Dienst zu übernehmen“. Allerdings sei es an der Zeit, das dringliche Problem der betroffenen Kriminalbeamten einer baldigen Lösung entgegenzuführen.

Kritisch äußerte sich Rolf Klein (CDU) zu dem von Innenminister Hirsch (F.D.P.) zuvor gegebenen Bericht über die Situation bei der Polizei, der lediglich in der Vergangenheit erzielte Verbesserungen in Teilbereichen bilanzierte, aber nicht in eigene Vorschläge zur Erfüllung der berechtigten Forderungen der Polizei mündete. Trotz mehrfacher Anforderung habe der Innenminister noch keine Funktionsanalyse vorgelegt und auch keine konzeptionelle Vorstellung darüber unterbreitet, wie in Zukunft die Relation zwischen mittlerem und gehobenem Dienst aussehen solle. Es sei ferner festzustellen, daß die nunmehr in den Fraktionen der SPD und F.D.P. angestellten Überlegungen der Hilfestellung seitens des Innenministeriums entbehrten. Ohne der Entscheidung seiner Fraktion vorgreifen zu wollen, bejahe er die Forderung, den Beamten der Kriminalpolizei – nicht prüfungsfrei, sondern unter Nachweis zusätzlicher Qualifikationen – den Aufstieg in den gehobenen Dienst zu ermöglichen; diese sei unverzüglich zu konkretisieren, damit eine erste Phase schon 1980 haushaltswirksam

CDU: Hirsch soll Weg aufzeigen

werden könne. Nachdem der Ausschuß wiederholt sein Wollen artikuliert habe, erwarte er vom Innenminister, daß er den Weg aufzeige, auf dem das gesteckte Ziel zu erreichen sei. Nach dem Wunsch des Ausschusses soll dies noch vor der parlamentarischen Sommerpause geschehen. Pohlmann ergänzte seine Ausführungen dahin, daß sein Konzept eine Förderung von jährlich 200 bis 250 Kriminalbeamten vorsehe, wodurch also nach Ablauf von fünf Jahren für alle eine befriedigende Lösung gefunden sein dürfte.

Zurückgestellt hat der Ausschuß der Beratung und Abstimmung über den Gesetzentwurf der Fraktion der F.D.P. zur besoldungsmäßigen Einstufung der Geschäftsführer der Handwerkskammern. Der Vorsitzende verwies auf eine Reihe vorliegender Anträge zur Änderung der Besoldungstabelle A + B. Er vertrat die Auffassung, z. Z. keine generelle Besoldungsberatung zu beginnen. Die Abgeordneten Horst Hein (SPD) und Herbert Neu (F.D.P.) verdeutlichten ebenfalls angesichts vieler Zuschriften, daß nur dieser Teilbereich – er wurde aus der abschließenden Regelung der B-Besoldung im vergangenen Jahr ausgeklammert – geregelt werden, dies aber nicht zu einer allgemeinen Besoldungsdebatte führen soll.

Porträt der Woche



Albert Pürsten (CDU)

Ende 1946 hielt Winston Churchill in Aachen eine Rede, die Geschichte gemacht hat. Es war der aufrüttelnde Appell, die Nazi-Tyrannie endgültig zu überwinden und neuen Radikalismus und Terror, komme er von rechts oder links, niemals wieder aufkommen zu lassen. Der Weg, den der große Brite empfahl, hieß: Vereinigtes Europa. Damals war der CDU-Politiker Albert Pürsten gerade aus französischer Gefangenschaft als Luftwaffenoffizier entlassen, suchte im Trümmerdeutschland zwischen Neuss und Wuppertal einen Studienplatz als Lehrer und hatte seine neue Heimat, die Flüchtlingsstadt Espelkamp in Ostwestfalen, noch nicht gefunden. Doch einen Weg zurück nach Annaberg im Erzgebirge gab es nicht mehr. Für den jungen Pürsten waren Churchills Worte, später Adenauers und Erhards Politik, mitbestimmend für den Entschluß, das neue Deutschland in Europa auch sofort aktiv mitzugestalten. Das begann ganz pragmatisch zunächst in Espelkamp, wo Pommern und Schlesier, Sachsen und Balten, Wolgadeutsche und auch Westfalen aus alten Munitionshallen Jugend- und Lehrlingsheime zimmerten. Hier begann Pürsten dann mit der Gemeindefarbeit als engagierter Protestant für die Christlich-Demokratische Union. Über die Partei führte der Weg weiter, in vielen Gremien und durch viele Stationen, bis zum 1958 errungenen Direktmandat im Landtag. Seither ist dieser Politiker auf vielen Gebieten sachkundig. Man schätzt seinen Rat in der Schulpolitik und im Sport, und er hat auch zur Frage des Umgangs mit öffentlichen Finanzen schon manche vehemente Rede gehalten. Pürsten ist mehr als mancher andere ein Parteiarbeiter geblieben. Die Basis der Union, auch die Wähler kennen ihn landauf, landab. Er war für die CDU einer der entscheidenden Betreiber des Volksbegehrens gegen das Koop-Schulsystem. Er ist auch heute überzeugt, daß politische Indoktrination in den Schulen der jungen Generation den Weg nach Europa nur verbauen, nicht öffnen kann. Pürsten wird die CDU – und das heißt: die Europäische Volkspartei – künftig auf einem schon vor der Wahl als sicher geltenden Platz im Europa-Parlament vertreten. Er hat sich diesen Entschluß mit nunmehr 56 Lebensjahren sorgsam überlegt. „Heute ist Europa eine drängende Notwendigkeit geworden. Denn

die Sorge um die freiheitliche Gesellschaft bedingt ein vitales Interesse an einem vereinten Europa.“ Das neue, direkt zu wählende Parlament, meint Pürsten, kann nur ein weiterer Schritt dahin sein. Aber es kann auch schon durch mehr Kontrolle der Kommission in Brüssel und durch die Kraft der politischen Debatte der immer größer werdenden Gefahr des wirtschaftlichen Protektionismus seitens der nationalen Regierungen vorbeugen. Pürsten plädiert für eine Politik der kleinen, aber qualitativen Schritte auf dem Weg zu Europa. Ein gerüttelt Maß an Partei- und Parlamentserfahrung, meint er, schütze ihn auch hier vor Illusionen. „Die Einigung bleibt eine Herausforderung, nur muß man aktiv an ihr teilnehmen, die Jugend heute genauso wie wir schon vor dreißig Jahren.“

Der Europäer Pürsten blickt auch nicht nur nach Westen. In seiner Bibliothek findet man neben dem Liebhaber der russischen Romantik auch einen belebten Kenner aktueller politischer Literatur. „Wir müssen ein soziales Europa schaffen, um jenen Sozialismus zu stoppen, der immer wieder in die Unfreiheit führt.“ Vor mangelnden Kompetenzen ist dem angehenden Euro-Parlamentarier ebenfalls nicht bange. „Das müssen wir uns halt erkämpfen wie vieles im Leben.“ Wenn man erst die Legitimation durch die Bürger habe, werde dieses neue, direkt gewählte Parlament auch eine neue eigene Dynamik entwickeln. Pürsten erinnert sich, daß er schon mit der Jungen Union einmal Schlagbäume abgebaut habe vor mehr als drei Jahrzehnten. „Wenn's sein muß“, meint er mit dem Blick auf die ewigen Nörgler, Kritiker und Skeptiker, „tun wir das auch morgen wieder!“ Und genau das entspricht auch dem Naturell dieses Politikers.

Lothar Bewerunge